

Stellungnahme

der Bürgerinitiative „Gegenwind Altötting“
zum [Artikel der ANA vom 08.06.2024 mit dem Titel „Windkraft: Aiwanger will
Kommunalklausel ändern“](#)

Die Windkraftgegner hatten Recht - Herr Aiwanger und Bgm. Herr Dittmann bestätigen das!

Es geht um die Kommunalklausel der Bay. Staatsforsten, dass Windräder **auf dem Gemeindegebiet nur gebaut werden dürfen, wenn die Gemeinden zustimmen.**

Jedoch wurde seitens des Bürgermeisters Herr Dittmann und Herrn Aiwangers den Bürgern der Eindruck vermittelt, sie hätten kein Mitspracherecht und die Windräder kämen sowieso. Also solle sich der Marktler Bürger für das „kleiner Übel“ entscheiden und eine sogenannte „Kompromisslösung“ akzeptieren.

Nachdem die Bürger nun per Flugblatt über das Bestehen dieser Kommunalklausel der Bay. Staatsforsten aufgeklärt wurden, fragt man sich, warum diese Information vorenthalten wurde. Wäre es nicht Aufgabe der Medien gewesen, die Bürger darüber zu informieren, wenn es schon die Politik nicht tut?

Im PNP Artikel vom 08.06.2024 heißt es nun zur Kommunalklausel der Bay. Staatsforsten: **„Aiwanger stellt einen Paradigmenwechsel in Aussicht“** und **„er habe angekündigt, diese Klausel angehen zu wollen.“** Bedeutet diese Aussage nun, der Bürgerwille ist uns im Weg und wir nutzen unsere Autorität, um alles dafür zu tun, diesen zu umgehen?

Sollte diese Vermutung stimmen, würde eine Änderung der Kommunalklausel jedoch **erst für ZUKÜNFTIGE Projekte gelten** und nicht für das Windkraftprojekt in unserem Staatsforst.

Liebe Marktler Bürger: Wenn diese Windräder auf eurem Gemeindegebiet nicht gebaut werden sollen, dann stimmt bitte mit „NEIN“. Denn nach der Kommunalklausel der Bay. Staatsforsten entscheidet Ihr, ob diese Windräder gebaut werden oder nicht.

Die Bürgerinitiative
Gegenwind Altötting

Altötting, 08.06.2024